



Thüringer Hochschulgesetz für mehr Mitbestimmung

Christian Schaft: Mit verbindlicher Zivilklausel die gesellschaftliche Verantwortung der Hochschulen im Fokus

Das Kabinett hat am 12. September im zweiten Durchgang den Referentenentwurf für das neue Thüringer Hochschulgesetz beschlossen. Es wird jetzt dem Landtag zu den weiteren Beratungen zugeleitet. Die Verabschiedung des Gesetzes und sein Inkrafttreten sind für das Frühjahr 2018 vorgesehen. Die Hochschulen haben dann eine Frist zur Umsetzung der neuen Strukturen und Vorgaben bis zum 1. Oktober 2019.

Die Notwendigkeit einer Überarbeitung des Thüringer Hochschulgesetzes ergab sich aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das eine stärkere Beteiligung der Hochschullehrer an allen Entscheidungen in den Bereichen Forschung und Lehre verlangt. Zugleich gibt der Koalitionsvertrag der rot-rot-grünen Landesregierung eine Stärkung der Rechte Studierender und eine Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen auf.

Um bei der Novellierung des Gesetzes die Interessen der Hochschulakteure mit zu berücksichtigen und diese am Neuentwurf zu beteiligen, hatte das Wissenschaftsministerium im Januar 2016 den Thüringer Hochschuldialog gestartet, in dessen Rahmen Diskussionsrunden an allen Hochschulstandorten stattfanden. In sieben Regionalforen wurden Forderungen

gen und Positionen vorgetragen.

Für Christian Schaft, hochschul- und wissenschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag, wird das neue Thüringer Hochschulgesetz „im bundesweiten Vergleich Maßstäbe für Beteiligung und Mitbestimmung an den Hochschulen setzen“.

Die geplante Verankerung paritätischer akademischer Gremien und die Stärkung der Senate an den Thüringer Hochschulen sei „dabei auch das Ergebnis eines umfassenden zweijährigen Beteiligungsprozesses, bei dem alle Statusgruppen Verbesserungen eingefordert haben“. Der Abgeordnete

verwies zudem auf zahlreiche weitere Verbesserungen im Gesetz, die seitens der LINKEN „eindeutig begrüßt werden. Es ist wichtig, dass wir mit einer verbindlichen Zivilklausel, mit Kodizes für Gute Arbeit in der Wissenschaft, einer Stärkung der Bereiche Gleichstellung und Diversität die gesellschaftliche Verantwortung der Thüringer Hochschulen mehr in den Fokus nehmen. Auch die Regelung zur Bauherrenfunktion für die Friedrich-Schiller-Universität Jena und andere Hochschulen ist ein vernünftiger Kompromiss, der die Hochschulautonomie weiter stärkt“.

Gegenüber der Thüringischen Landeszeitung (TLZ) hatte Christian Schaft betont: „Wir brauchen eine einheitliche Form der Zivilklausel für alle Hochschulen und zudem eine Kontrollinstanz.“

Ethikkommission zur Rüstungsforschung

Diese Aufgabe sollte eine Art Ethikkommission übernehmen, die grundlegend prüft, wem die Rüstungsforschung nützt und die darüber entscheidet, ob sie moralisch vertretbar ist oder nicht. Nach den Vorstellungen des LINKE-Abgeordneten sollte dieses Gremium jeweils an den Hochschulen angesiedelt und mit Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studierenden besetzt sein.

Jedenfalls freut sich Christian Schaft „nun auf das ausführliche mündliche Anhörungsverfahren im Landtag. Ich bin sehr gespannt auf die Einschätzungen und Bewertungen, welche uns im parlamentarischen Verfahren begegnen werden. Ich erhoffe mir hierbei insbesondere nochmals Impulse in Bezug auf die Arbeitsbedingungen, etwa von Mittelbau, Lehrbeauftragten und studentischen Beschäftigten, und auch auf das Thüringer Hochschulgebühren- und entgeltgesetz, wo aus meiner Sicht noch Nachbesserungsbedarf im Sinne einer studienfreundlichen Ausgestaltung besteht.“ ■



Haushaltsberatungen: Investitionen für ein gerechtes Thüringen

Mit der Generalaussprache in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 15. September im Thüringer Landtag, an der Ministerpräsident Bodo Ramelow und Finanzministerin Heike Taubert teilgenommen hatten, begannen die Ausschuss-Beratungen zum Entwurf des Landesdoppelhaushalts 2018/19. Aus diesem Anlass erklärte die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Susanne Hennig-Wellsow:

„Wir investieren in ein soziales Thüringen – und zwar für alle Menschen. Mehr Geld für Bildung, Schulen und Kitas, gute Arbeit, Sicherheit, Gesundheit, Kultur und die Kommunen, so machen wir den Freistaat zukunftsfest und gerechter.“

Der Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur ist ein wichtiger Schwerpunkt – von der Schulsanierung

bis zur Förderung neuer Sporthallen. Der von der Landesregierung frühzeitig vorgelegte Haushaltsentwurf ist solide und mit Augenmaß aufgestellt: Wir gestalten mit hohen Investitionen, sorgen für die Zukunft vor und bauen die von den CDU-Regierungen hinterlassenen Schulden und in sogenannte Sondervermögen versteckten Altlasten ab.“

Susanne Hennig-Wellsow: „Aber da haben Mike Mohring und seine Dagegenpartei nichts zu bieten“

Ebenso wie in der Plenardebatte zur Einbringung des Doppelhaushalts hat die CDU erneut ihre derzeitige haushaltspolitische Inkompetenz bewiesen. Dazu Susanne Hennig-Wellsow weiter: „Die CDU muss sich entscheiden, was sie will: Ideologisch begründetes Sparen auf Kosten der Bürger oder einen handlungsfähigen Staat. Wer mehr Si-

cherheit und bessere Bildung will, der muss auch Geld für Polizisten, Lehrer und Schulsanierung ausgeben. Sparen und Mehrausgaben zugleich, das geht einfach nicht.“

Glaubwürdige Oppositionsarbeit sollte mit konkreten Vorschlägen grundiert werden – aber da haben Mike Mohring und seine Dagegenpartei nichts zu bieten. Das Mantra vom Sparen auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger führt in die falsche Richtung und lässt Infrastruktur, Schulen, Straßen und Spielplätze verkommen. Sozial, gerecht, für alle – das geht nur mit Rot-Rot-Grün.“

Mike Mohring hatte zur Generaldebatte im Haushalts- und Finanzausschuss Rot-Rot-Grün „die geringe Schuldentilgung, falsche Prioritäten und ein unverantwortlich hohes Personalausgabenniveau von drei Milliarden Euro“ vorgeworfen und erklärt: „Die Ramelow-Regierung versagt mit Blick

auf eine fürsorgende Personalentwicklung völlig und hat einen Schönwetterhaushalt vorgelegt, der bei schwächelnder Konjunktur und steigenden Zinsen zu drastischen Einschnitten zwingen würde.“ Das sei unverantwortlich. Andererseits meinte der CDU-Fraktionsvorsitzende, dass „diese Regierung förmlich in Geld schwimme“ und er forderte: Angesichts der glänzenden Einnahmesituation wäre es aus Sicht der CDU-Fraktion überdies erforderlich, in größerem Umfang Schulden zu tilgen. Dafür sieht die Ramelow-Regierung in zwei Jahren lediglich 60 Millionen Euro vor.

Mohring wörtlich: „Dass es so etwas wie eine schwächelnde Konjunktur und steigende Zinsen geben könnte, übersteigt offenbar die Phantasie der Linkskoalition. Allein ein Prozent Zinserhöhung würde Mehrkosten von 160 Millionen Euro bedeuten.“ ■